



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Schleswig-Holstein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wie in religiösem das Gewissen, — daß die centrifugalen Elemente in centripetale umgewandelt werden müssen, indem man ihren Interessen einen Mittelpunkt innerhalb des Reiches gewährt, — daß es ein Unfinn ist, mit dem Werke der Verständigung diejenige Versammlung zu betrauen, welche von der Opposition nur als Ausdruck der feindlichen Partei angesehen wird: alle solche Sätze laufen zu sehr gegen den herkömmlichen Strich, als daß sie unsere Tagespolitiker nicht in Harnisch bringen sollten. Wie zu Schmerlings Zeiten steifen sie sich darauf, daß nichts gegen die Verfassung und auch nichts neben derselben geduldet werden dürfe. Und doch! wie sie im Handumdrehen begeisterte Lobredner des Dualismus wurden, so werden sie sich auch mit dem Föderalismus ausöhnen, wann sie die Gelegenheit verschert haben, an dem Umbau mitzuwirken.

Aus Schleswig-Holstein.

Nachstehendes Schreiben eines Mitgliedes der preussischen Partei in Kiel, gerichtet an einen in den alten Provinzen sesshaften Landsmann, geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu.

Kiel, Anfang December 1869.

Sehr geehrter Herr!

Ihren Brief habe ich einige Zeit liegen lassen müssen, weil der Ausfall der hiesigen Stadtverordnetenwahl abzuwarten stand, bevor ich Ihren Wunsch nach einigen Notizen über die Kieler politischen Dinge erfüllen konnte.

Mit der particularistischen Landespartei, deren Organisation wie überall, so auch hier durch den Verein der schleswig-holsteinischen Kampfgenossen bewirkt wird, und welche die Bezeichnung „liberale Partei“ für sich beanspruchte, hat bei unseren Wahlen die sog. „Colosseumpartei“ die Kräfte gemessen. Das Gros dieser Coalitionspartei bildete die „Volkspartei“, welche den Grundsätzen der süddeutschen Volkspartei huldigt, und deren hiesiger Führer, von Maack, gemeinsam mit dem Reichstagsmitgliede Grafen E. Baudissin die Vereinstage der Frese und Karl Mayer besucht. Diese demokratische Linke hat sich als wohl disciplinirt gezeigt. Im Bunde mit der „Volkspartei“ wirkt nun eine Fraction der preussischen Partei, nämlich derjenige Theil derselben, welcher aus dem Lager der ehemaligen dänischen Gesamtstaatspartei in das preussische übergegangen ist. Als Führer dieser Fraction ist der Justizrath Castagne zu nennen, von ihm laufen die Fäden direct zum Oberpräsidenten, der ihm durch langjährige politische Kameradschaft verbun-

den ist. Castagne — noch vor wenig Tagen Erwählter der „Volkspartei“ — ist seitdem mit den Vorbereitungen eines Hrn. v. Scheel-Plessen zur silbernen Hochzeitsfeier darzubringenden Fackelzuges als Leiter des Comités beschäftigt gewesen. Der Führung dieser früheren Gesamtstaatsmänner folgten bei den Stadtverordnetenwahlen ferner Einige der schwankenden Preußenfreundlichen, seit den Jahren 1864—1866 scherzweise „Blaue“ benannt, sowie andere politisch mehr oder minder gleichgiltige, aber mit Einzelheiten der bisherigen städtischen Verwaltung unzufriedene Elemente.

Die „Volkspartei“ an und für sich ist numerisch schwächer als die augustenburgische, und selbst die Hilfe der mit ihr coalirten Fraction hat ihr nicht zum Siege verhelfen können. Die Entscheidung fiel bei den Wahlgängen, wo die allgemeine Beteiligung verhältnißmäßig geringer war, in die Hände der minder extremen Schattirungen; wo aber die augustenburgische Partei, wie z. B. bei der Wahl Hänel's und Karsten's ihre volle Kraft zusammennahm, siegte sie mit glänzenden Majoritäten. Diese Partei darf demnach noch immer als die einflußreichste betrachtet werden, wie sie denn in das 24 Köpfe zählende Stadtverordnetencollegium nicht weniger wie 16 ihrer Candidaten gebracht hat. Im Uebrigen darf man natürlich nicht den Charakter dieser Wahlen im Sinne eines conservativen resp. liberalen Programms fassen; die sog. „liberale“ Partei der Particularisten umfaßt sehr zahlreiche conservative, ja legitimistische Elemente, von einem Programme konnte also hier keine Rede sein. Das ganze Wahlgeschäft gewann vielmehr im Wesentlichen das Gepräge eines Kampfes zweier Cliques, die um die Herrschaft in der Stadtverwaltung rangen; und es ist dabei immerhin fraglich, ob die Verwaltung der Volksparteimänner der Commune zu größerem Segen gereicht hätte. Zwar hatten die Volkspartei- und Gesamtstaatsmänner für die Masse das Stichwort „Sparsamkeit“ im städtischen Haushalte klug eronnen; die politischen Interessen resp. Grundsätze dagegen, welche die Führer der einzelnen coalirten Fractionen im gewöhnlichen Leben vertreten, waren bei den Wahlkämpfen gebliffentlich außenvorgelassen; es versteht sich von selbst, daß eine Coalition der „Volkspartei“ und jener von Dänemark an Preußen abgetretenen Conservativen ebenfalls von Hause aus völlige Programmlosigkeit bedang.

Daß ich und meine politischen Freunde einem so unreinlichen Wahlgeschäft ferngeblieben, bedarf für Sie keiner näheren Begründung.

Soll ich aus den Zuständen des engeren Kreises auf die Verhältnisse der Provinz einen Blick werfen, so vermag ich Unbefriedigung ebenfalls nicht zu verhehlen. In welchem Sinne jene früheren dänischen Gesamtstaatsmänner die Herzogthümer regieren, ist ja allbekannt. Unlängst hört ich von einem augustenburgisch Gesinnten recht drastisch sagen: „Scheel-Plessen hat

um uns wenigstens das Verdienst, daß er das Seinige dazu gethan, um das preußische Wesen von uns fernzuhalten.“ Die offene Ausdrucksweise ist jedenfalls frappant; daß Herr v. Scheel-Plessen bisher den Particularisten zu Liebe regiert hat, ist im Lande freilich nichts Neues; aber auch auswärts ist darüber nach der oft kundgegebenen Vorliebe des Oberpräsidenten für die wurmstichigen „berechtigten Eigenthümlichkeiten“ wohl kein Zweifel.

Diesen Zug hat die Provincialverwaltung bis jetzt seit Jahren getragen. Seitdem jene Regierungsmaximen klarer hervorgetreten, habe ich keinen Raum für eine Thätigkeit mehr zu finden gewußt, welche meinen Begriffen von dem entspreche, was politisch nothwendig und anständig ist. Wie lächerlich, sich preußisch zu geberden, während das königliche Oberpräsidium mit den Particularisten schön thut! Sie haben hierin auch den Grund, weshalb ich seit dem Herbst 1867 aus so mancher, mir werth gewordenen Beziehung getreten bin. Ich habe keine Lust und weiß es auch nicht vor mir selbst zu verantworten, wenn ich direct oder auch nur mittelbar den Männern in die Hände arbeitete, welche in der Provinz das Ruder führen dürfen. Ich bin fest überzeugt, daß das preußische Interesse auf den Wegen, welche diese Leute bisher gegangen, übel berathen ist. Ich freue mich, daß ich in dieser Hinsicht von früheren Entschlüssen nicht abgewichen bin, denn die jüngsten Wahlvorgänge in Kiel haben meine Ansicht, daß die Wirksamkeit jener früheren dänischen Gesamtstaatsmänner dem preußischen Interesse verderblich ist, leider aufs Neue bethätigt. Es ist nicht leicht zu sagen, was unglückseliger ist — die Hättschelei der Augustenburger mit den „berechtigten Eigenthümlichkeiten“ — oder die allerneueste Schwenkung des preußischen Oberpräsidenten zur Frese-Mayer'schen Volkspartei.

Jedenfalls stehen wir an einem Wendepunkte der preußischen Politik in den Herzogthümern. Denn daß Excellenz Scheel-Plessen mit der „Volkspartei“ die Augustenburger hat überrumpeln wollen, werden ihm diese niemals vergessen. Daß sein Conniviren und Coquettiren mit ihren Zwecken für die Dauer ernst gemeint sei, wird freilich die particularistische Partei selbst nicht erwartet haben, sie begnügte sich, die augenblicklichen Vortheile der gebotenen Lage gleichmüthig einzusammeln. Für politisch zuverlässig hat Herr v. Scheel-Plessen überhaupt weder in den Herzogthümern noch in Dänemark jemals gegolten, und ich zweifle, daß die Volkspartei aus Irrthum hierüber ein Bündniß mit ihm einging. Sie hat ihren Zweck völlig erreicht, sie hat durch die Kieler Wahlvorgänge nicht bloß in dieser Stadt, sondern für die Provinz eine Bedeutung erlangt, die sie vorher nicht entfernt besaß, und ohne die Unterstützung des Oberpräsidenten und seiner Freunde nie erlangen konnte. Wo sonst in unseren Städten die „Volkspartei“ diesmal sich erhob, z. B. in Rendsburg, ist sie durch die Vereinigung aller conservativen

Clemente geschlagen, in Kiel dagegen ward sie zur Regierungspartei erhoben. Sie wird diese Bedeutung bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1870 verwerthen, aber sicherlich in ihrem eigenen Interesse.

Wohin die neue Schwenkung des Herrn v. Scheel-Plessen uns führen soll, — ich will sagen, was sie für das Dessenliche bezweckt, das sind dunkle Räthsel. Denn wo es der obersten Leitung an staatsmännischer Sicherheit gebricht, da ist auch nicht einmal ein Muthmaßen möglich. Wäre es, daß Herr v. Scheel-Plessen in seinem Lebenslaufe für das Wohl der unteren Classen jemals ein Herz bewiesen, so wüßte ich, worauf ich für mein Heimaltsland am liebsten hoffen möchte. Aber, es ist nur eine Wiederholung des alten, vor 1863 blühenden Spieles der dänischen Gesamtstaatsmänner mit der äußersten Demokratie. Ich weiß, es wird dies Bündniß nur wieder gesucht, nachdem kein anderes möglich geblieben ist.

Genehmigen Sie zc.

Deutsche Seegerichte.

Die allgemeine Zunahme des Verkehrs, der durchschnittliche große Umfang der einzelnen Transporte und die wachsende Dessenlichkeit unseres Lebens haben den „Unfällen“ eine Bedeutung gegeben, welche sie früher nicht hatten. Man findet sie gegen ältere Zeiten ärgerlich oft eintreten — was vielleicht nur eine optische Täuschung ist, denn ehemals zerstreuten sie sich mehr und wurden minder beachtet. Ähnlich geht es ja auch mit dem modernen Pauperismus. Aber wie dem bloßen Staunen und Erschrecken über das massenhafte Auftreten eines Ueels, das sich früher mehr verlor und verkroch, alsbald ernstliche Versuche zu seiner Beseitigung gefolgt sind, so auch dem Aufsehen, das neuerdings Eisenbahn- und Dampfschiffunfälle hervorrufen. Der schöpferische Genius der Zeit ist mächtig darüber aus, gegen ihre Vermehrung sowohl wie die der Bergwerks- und Fabrikunfälle schützende Dämme anzuerwerfen, theils durch technische Sicherheitsvorrichtungen aller Art, theils durch Rechtsvorschriften, welche die Unternehmer zur Aufwendung jeder möglichen Vorsicht veranlassen, indem sie dieselben für verschuldete Beschädigungen Anderer erfolgreich haftbar und ersatzpflichtig machen.

Ein Werkzeug des schöpferischen Zeitgeistes in dieser Richtung ist auch der Ausschuß des norddeutschen Bundesraths für Justizwesen geworden, aber ein etwas schwerfälliger und unbeholfener. Er hat Grundsätze für ein die Eisenbahnen,